

Stellungnahme zum Doppelhaushalt 2024/2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister und Amtsleiter, sehr geehrte Damen und Herren!

Bevor ich in die Stellungnahme zum Doppelhaushalt einsteige, möchte ich mich zunächst für unsere ganze Fraktion bei der Stadtkämmerei bedanken, die ihr Versprechen erfüllt hat, den Doppelhaushaltsentwurf so vorzulegen, dass eine Beschlussfassung noch vor Beginn des neuen Haushaltsjahres möglich wird. Insofern haben wir mit dem Doppelhaushalt anscheinend wirklich einen Effizienzgewinn in der Verwaltung erzielt. Wenn jetzt auch der Rechnungsabschluss für die vergangenen Jahre immer früher vorgelegt wird, dann werden wir vollkommen überzeugt sein, dass es möglich ist auch Verwaltungsabläufe unter Effizienzgesichtspunkten zu optimieren. Diesen Drive brauchen wir! Denn der vorgelegte Haushalt und die heutige Beschlussvorlage zu den höheren Personalkosten 2023 verlangt genau danach, nämlich nach Effizienzrenditen in der Verwaltung zu suchen.

Die kommenden beiden Jahre, die der Doppelhaushalt umfasst, sind Jahre der Weichenstellung. Schwäbisch Gmünd muss zukunftsicher aufgestellt werden. Das bedeutet, dass wir die Transformation der Wirtschaft konkret angehen müssen, dass wir die Transformation der Mobilität konsequenter vorantreiben müssen, dass wir die Energiewende einleiten und dass wir den Zusammenhalt stärken müssen. Wir bekommen nicht mehr viele Chancen. Lassen Sie uns das mutig angehen.

Das waren die Schlussworte unserer Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2022/2023. Seither sind zwei Jahre ins Land gegangen, die sehr bewegt waren. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der daraus folgende Energiepreisschock, die dadurch angeheizte Inflation und nunmehr die sich abzeichnende Dürre im Haushalt bei gleichzeitig angezogenen Zinsen. Stellt man das alles ins Licht des Ausblicks zu Beginn des Jahres 2022, dann steht im Zeugnis: Schwäbisch Gmünd hat sich bemüht.

Wir haben gemeinsam Beschlüsse gefasst für ein zukunftsorientiertes Industriegebiet auf Basis erneuerbarer Energien – ein großes Willkommen für eine nachhaltige Transformation unserer Industrie. Wir haben weiter gestritten um bezahlbaren Wohnraum. Die Stadtverwaltung und viele Bürgerinnen und Bürger haben vorbildlich die Aufnahme von ukrainischen Kriegsgefliehenen gemanagt, neben der Aufnahme von Geflüchteten aus vielen anderen Ländern. Und wir haben einen Beschluss zur Klimaneutralität im Jahr 2035 gefasst. Wir haben darüber hinaus auch einen Maßnahmenplan zur Erreichung des Ziels diskutiert und einen Pfad vereinbart.

Aber war das Bemühen ausreichend? Was wurde erreicht, was blieb liegen? Als Schlaglicht bietet sich eine Bilanz des vergangenen Doppelhaushalts an. Die beiden Haushaltsjahre 2022 und 2023 umfassten laut Planungen Ausgaben von gut 377 Mio. Euro im Ergebnishaushalt und Investitionen in Höhe von fast 90 Mio. Euro. Tatsächlich rechnet Herr Bantel aber nun mit geringeren Ausgaben von 3 Mio. Euro im Ergebnishaushalt, und zwar trotz der deutlichen Tarifsteigerung. Auf dem Konto auf jeden Fall ein Erfolg. Bei den Investitionen sieht es allerdings wieder erschreckend aus. Anstatt der

geplanten 90 Mio. Euro werden es am Ende voraussichtlich gut 35 Mio. Euro sein. In diesen nicht realisierten Investitionen sind auch viele, die wir als notwendig auf unserem Pfad zur Klimaneutralität ansehen.

Erstaunlich in Zusammenhang mit den Investitionen im Baubereich: Obwohl die Baukosten in den vergangenen Jahren überproportional gestiegen sind, haben wir weniger Geld ausgegeben. Um die Kostensteigerung bereinigt heißt das also, dass wir sogar noch weiter hinter den Haushaltsbeschlüssen zurückgeblieben sind.

Es ist beklagenswert: Wenn wir der Stadt den Auftrag geben, dass bis 2023 in den Florian 3,9 Mio. Euro fließen sollen, und so gut wie nichts ist bisher geschehen, dann macht das ratlos. Erst recht, wenn die Abteilungen vieler Teilorte seit Jahren darauf warten, dass sie dran kommen. Und wann werden die Ergebnisse des Ideenwettbewerbs zum Florian vorgestellt und diskutiert? Für die Sanierung des ehemaligen GOA-Gebäudes wurden 4,1 Mio. Euro bereitgestellt. Investiert wurde nichts. Stattdessen ist das Gebäude gar nicht mehr im Sanierungsplan. Die Barrierefreiheit an den Bushaltestellen hinkt weit hinter den Planungen her. Und der Ausbau der Radinfrastruktur wird immer wieder durch Planungen verzögert, die vom Auto her gedacht sind. Das sind nur wenige Beispiele. In der Gesamtschau heißt das allerdings: Auf dem Weg in Richtung Zukunft hinken wir von Jahr zu Jahr weiter hinterher. Das kann auch eine weitere Gartenschau nicht übertünchen. Für diese haben wir übrigens immer noch keinen Budgetplan gesehen, obwohl der im Gemeinderat verlangt wurde. Herr Oberbürgermeister, wann bringen Sie den in den Gemeinderat ein?

Nun weht uns der Wind allerdings rauer ins Gesicht, und das kann länger als zwei Jahre dauern. Dazu kommt ein Verfassungsgerichtsurteil, das aus vielen notwendigen Projekten und Programmen die Luft rauslässt. Noch ist nicht klar, welche Auswirkungen das auf die im Haushalt und auch in den Transformationsplänen bereits eingepreisten Zuschüsse hat. Aber klar ist schon jetzt, dass keine Kommune ungeschoren davonkommt. Und das betrifft nicht nur die Mittel aus dem Klimatransformationsfonds. Die verhängte Haushaltssperre und die kommenden Kürzungen im Bundeshaushalt werden sich auch auf den sozialen Ausgleich auswirken. Und die Diskussion um diese Kürzungen nützt den extremen und populistischen Parteien und nicht den demokratischen Parteien der Mitte. Dazu wird dann noch die Neiddebatte zwischen Geringverdienenden und Flüchtlingen geschürt.

Ja, es muss immer wieder geprüft und neu justiert werden, wie und wofür der Staat Geld ausgibt. Aber was ist die Alternative dazu, noch viel konzentrierter auf Zukunftsfähigkeit zu setzen und alle Menschen mitzunehmen. Ich sehe keine. Zielorientierung und Kompromissfähigkeit sind die Tugenden, die von uns allen verlangt werden.

Und nun dieser Doppelhaushalt, den uns die Verwaltung vorlegt. Wir wären gerne frühzeitiger in die konkrete Ausgestaltung einbezogen worden. Im Vorfeld gab es eine Informationsveranstaltung, aber keine Einbeziehung der Fraktionen in die Gestaltung der konkreten Streichliste. Vor zwei Jahren sind Sie, Herr Finanzbürgermeister Baron noch in die Fraktionen gegangen, um über den Haushalt zu diskutieren. Dieses Jahr leider nicht.

Herr Bantel, Sie haben uns in Ihrer nüchternen Art den Plan mit seinen Zahlen präsentiert. Und dann haben Sie uns die Aufgabe gegeben, die Segel richtig zu setzen. Schöne Aufgabe – bei einer frischen Brise aus der richtigen Richtung und einem gefällig zu steuernden Schiff. Jetzt segeln wir aber auf einem Schiff, das die Ausmaße und das Gewicht eines Containerschiffs angenommen hat – und es herrscht Flaute. Was tun? Auf jeden Fall auf die Wetterkarte schauen und hoffen. Und man sollte mit seinen Vorräten und Ressourcen sparsam umgehen, damit sie über den Ozean nicht ausgehen.

Der Imperativ der kommenden Jahre angesichts der haushälterischen Hiobsbotschaften lautet also Ausgabenreduzierung und Aufgabenkritik. In dieser Diskussion gibt es keine Tabus. Aber klar ist auch, dass ein Sparen mit dem Rasenmäher nicht sachgerecht ist. Zum einen müssen wir viele Aufgaben erfüllen, zum anderen sind auch viele Aufgaben gesellschaftlich hochrelevant. Das Auseinanderdriften der Gesellschaft dürfen wir nicht durch striktes Kürzen von Leistungen befeuern. Und wir dürfen uns auch nicht darauf verlassen, dass Kirchen, Vereine und Selbsthilfeorganisationen die Lücken schon füllen werden. An dieser Stelle wollen wir uns bei allen Menschen bedanken, die sich in Organisationen und auf privater Ebene gegen die Spaltung der Gesellschaft und gegen das Abhängen der weniger Begünstigten stemmen.

Für eine umfassende Aufgabenkritik beantragen wir, dass zu Beginn des Jahres 2024 ein Prozess unter Beteiligung des Gemeinderats eingeleitet wird. Das Ziel muss dabei sein, die planmäßigen Ausgaben der Haushaltsjahre 2024 und 2025 in der Summe pro Jahr um fünf Prozent zu senken.

Dabei muss auch in die Eigenbetriebe und Beteiligungen geschaut werden. Ein Posten zum Beispiel, der den Haushalt von Jahr zu Jahr mehr belastet, sind die Zuweisungen an die Tourismus und Marketing GmbH. T&M ist eine tolle Einrichtung, weil sie die Verbindung zwischen Handel, Gastronomie und der Wirtschaftsförderung herstellt. Allerdings haben die Steigerungsraten der städtischen Zuweisungen in den letzten viel Jahren durchschnittlich 9 Prozent betragen, also deutlich mehr als die Tarifierhöhungen. Die Fördermittel des Programms Zukunftsfähige Innenstädte sind darin übrigens nicht enthalten.

Der größte Kostenposition im Haushalt sind die Personalausgaben. In den vergangenen fünf Jahren hatten wir eine Zunahme von 132 Stellen, was fast 18 Prozent waren. In den kommenden Jahren soll die Steigerung weitere 6,5 Prozent betragen, das sind 56,6 Stellen. Auch in Anbetracht der Tarifsteigerung: Die Stellenzunahme darf nicht so weitergehen. Wenn wir für Pflichtaufgaben wie das Wohngeld oder die Kinderbetreuung mehr Menschen brauchen, dann müssen wir an anderer Stelle mit weniger Personal auskommen.

Wir wollen auch nicht mehr im Nachgang Stellen genehmigen wie im übernächsten Tagesordnungspunkt. Über die Notwendigkeit zusätzlicher Stellen, über mögliche Alternativen und darüber wofür das Geld dann nicht zur Verfügung steht, müssen wir in den Gremien beraten. Mit solchen Vorlagen, die den Rat zwingen im Nachhinein Ja zu sagen, degradieren Sie den Gemeinderat. Das ist dem gewählten Gremium gegenüber nicht würdig.

Unser Weg zur Klimaneutralität

Trotz aller Bekenntnisse zur Nachhaltigkeit sind wir in den vergangenen zwei Jahren weiter hinter unseren Plan zur Klimaneutralität zurückgefallen. Deshalb war es sinnvoll und notwendig, dass wir uns in unserer Klausurtagung im März mit einem klimapolitisches Arbeitspapier für den Haushaltsplan 2024/2025 befasst haben. Was waren die dort besprochenen und angestrebten Maßnahmen? Und was haben wir im Haushaltsentwurf? Hier ein paar Beispiele aus unserem Fahrplan und was davon im Haushaltsentwurf übrig blieb:

- Investitionen für Netzausbau Nah/Fernwärme in die Wege leiten.
Im Haushaltsentwurf: 0 €
- Sanierung Hallen ASR/Scheffold (Gesamtinvestition: 6.259.150 €, CO₂-Reduktion: ca. 33,9 t).
Im Haushaltsentwurf 0 € für die Umsetzung, in 2026 sind nur 150.000 € geplant in 2026.
Damit ist der Sanierungsplan für die Sport- und Gemeindehallen bereits Makulatur, bevor wir darüber überhaupt beraten haben.

- Netzausbau der Stadtwerke, Beteiligung an Windkraft, Ausbau PV-Flächen
Die Realität: Nicht ausreichend Kapital bei den Stadtwerken, kaum Bewegung bei PV Georgishof und Mutlanger Heide
- Kommunales Förderprogramm für PV-Anlagen 500.000 €. Taucht im Haushaltsentwurf nicht auf.
- Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED, insgesamt 14 Mio. €. Im HH-Entwurf 1,5 Mio. €. Da könnten immerhin bis 2035 alle Masten umgerüstet sein.
- Klimamobilitätsplan, Vorschlag 600.000 €. Im Haushaltsentwurf für 2025 100.000 €
- Radverkehr: Ausbau Altstadtring – geplant 70.000 € tatsächlich 0 €;
- Fahrradstraßen Werrenwiesenweg und Schwerzerallee, vorgeschlagen 600.000 € Eingepplant sind jetzt 450.000 € wobei allerdings die Klarenbergstraße noch gar nicht abgearbeitet ist.
- ÖPNV: Barrierefreier Umbau Bushaltestellen: 2,3 Mio. vorgeschlagen Tatsächlich 493.000 € (gut 20%)
- Zur Klimaanpassung haben wir ein paar bescheidene Punkte diskutiert, v. a. die Grüne Urbanität. Vorgeschlagen werden uns nun insgesamt nur 250.000 €, darin enthalten die Planungskosten für ein Fontänenfeld auf dem Marktplatz (50.000 €) und eine Baumkonstruktion an der Bushaltestelle am unteren Marktplatz für 200.000 €. Das dürfen nicht die ersten Maßnahmen einer Grünen Urbanität sein. Die 250.000 € sollen aus unserer Sicht für echte Grünmaßnahmen in der Stadt entsprechend des Konzepts Grüne Urbanität eingesetzt werden.

Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass bei den Maßnahmen zur Klimaneutralität überproportional nach Einsparpotenzial gesucht wurde. Nach Einschätzung der Verwaltung waren 2022/2023 rund 37% der geplanten Investitionen als klimarelevant anzusehen. Im neuen Entwurf sind das nur noch rund 32 %. Auch ist wieder fraglich, was die Verwaltung unter klimarelevant versteht. Ein knappe Million Euro für den Erwerb von wahrscheinlich ausschließlich fossil betriebenen Fahrzeugen im Baubetriebsamt – das ist natürlich klimarelevant. Aber nicht im positiven Sinne!

Was bedeutet das Ganze? Dieser Haushalt hat unser Klimaziel bereits gekippt! Dem wollen wir uns entgegenstemmen und beantragen daher eine Erhöhung der Mittel für echte Klimainvestitionen um 10 Mio. Euro in jedem Haushaltsjahr. Die Mittel entsprechen den Einsparungen, die durch die beantragte Aufgabenkritik erwirtschaftet werden.

Der Wind bläst rauer und schon sind die Vorsätze vergessen. Vor allem aber scheint es, als ob der Klimaschutz immer noch als nice to have, aber im Ernstfall dann doch nicht ausschlaggebend für unsere Zukunftsplanung ist. Das allerdings ist ein fataler Irrtum. Alles wird teurer, also auch die Maßnahmen, die für unseren Klimapfad notwendig sind. Das heißt, auch wenn das Geld knapp ist – und gerade dann – muss die Auswirkung aufs Klima ein Entscheidungskriterium sein. Das heißt zum Beispiel auch, dass die Sanierung grundsätzlich vor einem Neubau angestrebt werden sollte. Aktuell belastet ein konventioneller Neubau das Klima weitaus mehr als eine Sanierung. Das wird sich aufgrund des CO₂-Emissionshandels auch zunehmend auf die Baupreise auswirken.

Das neue Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz verlangt daher die bestmögliche Berücksichtigung des Klimaschutzes bei Planungen und Entscheidungen. Für den Gemeinderat ist das bisher nicht transparent nachvollziehbar, wie die Verwaltung dieser Aufgabe nachkommt. Daher

beantragen wir eine transparente, nachvollziehbare Darstellung der Klimabedeutsamkeit in allen Vorlagen, die eine Investition ab 120.000 Euro oder eine Planungsleistung zum Inhalt haben.

Lärmaktionsplan

In der Vergangenheit haben wir uns immer wieder mit dem Lärmaktionsplan befasst, den Schwäbisch Gmünd pflichtgemäß erstellt hat. Nun ist es allerdings still geworden um diesen Plan. Für lärmgeplagte Bürgerinnen und Bürger ist es allerdings nicht stiller geworden. Mittlerweile hat die Landesanstalt für Umwelt neue Lärmkarten herausgegeben, auch weil der Verkehr und damit der Verkehrslärm in vielen belasteten Bereichen weiter zugenommen hat. Auf dieser Grundlage müssen die bestehenden Lärmaktionspläne bis 18. Juli 2024 überprüft und angepasst werden. Auch muss vorher eine Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgen. Bislang ist der Gemeinderat über das Vorhaben und dessen Stand noch nicht unterrichtet worden.

Bekannt ist dagegen, dass bisher kaum Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan umgesetzt wurden. Denn Tempo 30 ist zwar kostengünstig, aber bei den meisten Verkehrsteilnehmenden sehr unbeliebt. Schöner ist Flüsterasphalt im Rahmen einer Straßensanierung. Die Sanierung der Ortsdurchfahrten stockt aber leider auch aus Geldmangel. Daher beantragen wir, dass über den Stand zum Lärmaktionsplan 2024 berichtet wird und dass in Anbetracht der sich deutlich verspätenden Belagserneuerungen nun dort Geschwindigkeitsbeschränkungen verordnet werden, wo die Lärmbelastung dies erfordert.

Schwäbisch Gmünds Bevölkerung wächst. Zumindest ein bisschen. Das letzte Jahr hatte die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter einen großen Anteil daran. Ansonsten hätten wir wieder einen Rückgang realisiert, trotz der Wohnbauprojekte und Neubaugebiete. Vermutlich werden wir unsere Finanzen nicht mit Bevölkerungswachstum sanieren können. Vielmehr wachsen uns gerade die Kosten für Infrastrukturerhaltung über den Kopf. Schul-, Sport- und Gemeindehallen können nicht saniert werden, Straßensanierungen werden verschoben, das Hallenbad wird uns zig Millionen kosten. Dazu kommen wir ja noch im nächsten Tagesordnungspunkt. An der Erhaltung der Infrastruktur kommen wir nicht vorbei. Sie gehört zu den Pflichtaufgaben. Neue, zusätzliche Infrastruktur wird aber irgendwann zum Kostenfaktor. Auch deshalb müssen wir bei der Flächenentwicklung so viel bestehende Infrastruktur wie möglich nutzen, anstatt weitere neu zu bauen. Daher sollte in den kommenden beiden Jahren die Grundlage für innerörtliche Entwicklungen gelegt werden. Die Planungen für den Bauhof und für die Nachnutzung des Standorts, für die Sanierung des Gatterareals, für eine Neubelebung von Bettringen Nordwest und so weiter sollten in der Schublade liegen, wenn die Zeit dafür reif sein wird.

Zum Schluss unserer Stellungnahme möchte ich – auch in Hinblick auf die Gemeinderatswahl im nächsten Jahr – noch ein Wort zur ehrenamtlichen Tätigkeit im Gemeinderat verlieren. Es ist ein Privileg, in dieser Stadt im Gemeinderat Verantwortung mit übernehmen zu dürfen. Wer in den nächsten fünf Jahren mit diesem Privileg ausgestattet wird, entscheiden am 9. Juni 2024 die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Möglicherweise werden sich weit über 300 Bürgerinnen und Bürger für den Gemeinderat und die Ortschaftsräte zur Wahl stellen. Sie verdienen Respekt. Und Menschen in allen Lebenslagen sollten sich in die Gremien einbringen können, auch Eltern mit Kindern und Menschen mit pflegebedürftigen Angehörigen. Dafür müssen die Voraussetzungen stimmen. Wir stellen daher einen Antrag zur Gleichstellung dieser Stadträtinnen und Stadträte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, sehr geehrte Herren der Stadtspitze. Am Schluss möchte ich Ihnen für Ihre tägliche Arbeit und ihren Einsatz danken. Und lassen sie mich versichern: Wir sind gespannt und freuen uns trotz allem auf die gemeinsame Fahrt mit unserem Dickschiff durch die Flaute. Es werden auch wieder günstigere Winde blasen. Lassen Sie uns deshalb unsere Ziele nicht aus dem Auge verlieren.

Anträge zum Doppelhaushalt 2024/2025

1. Einleitung eines Prozesses unter Beteiligung des Gemeinderats zur Aufgabenkritik und Ausgabenreduzierung mit dem Ziel die planmäßigen Ausgaben der Haushaltsjahre 2024 und 2025 in der Summe pro Jahr um fünf Prozent zu senken.
2. Erhöhung der Mittel für echte Klimainvestitionen um 10 Mio. Euro in jedem Haushaltsjahr
3. Keine Umsetzung des Fontänenfelds auf dem Marktplatz und der botanischen Bushaltestelle im Doppelhaushalt 2024/2025; Einsatz der dafür vorgesehenen 250.000 Euro im Rahmen der grünen Urbanität durch wirksamere Baumpflanzungen und Begrünungen
4. Transparente, nachvollziehbare Darstellung der Klimabedeutsamkeit in allen Vorlagen, die eine Investition ab 120.000 Euro oder eine Planungsleistung zum Inhalt haben
5. Bericht über den Stand zum Lärmaktionsplan 2024; schnelle Umsetzung von Geschwindigkeitsbeschränkungen zur Lärminderung an den lärmbelasteten Straßen in Anbetracht der sich deutlich verspätenden Belagserneuerungen
6. Anpassung der Entschädigung für Mitglieder des Gemeinderats bei durch die Wahrnehmung des Ehrenamts entstehende Kosten für Betreuung und Pflege (§ 2 Abs. 3), so dass die tatsächlich entstandenen Kosten vollständig ersetzt werden